

Bern, 26. November 2018

Wintersession 2018: Empfehlungen von AvenirSocial

Sehr geehrte Nationalrätinnen und Nationalräte

Wir übermitteln Ihnen hiermit unsere Haltung zu einzelnen, für uns relevanten Geschäften, welche Sie in der Wintersession behandeln.

[AvenirSocial](#) ist der Berufsverband der Sozialen Arbeit, wir vereinigen über 3'600 Mitglieder und vertreten die Interessen der Fachpersonen mit einer tertiären Ausbildung in Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Soziokultureller Animation, Kindererziehung und Sozialpädagogischer Werkstattleitung. Was Sie als Parlamentarierin oder Parlamentarier entscheiden, hat direkte Folgen für die Profession, die Fachpersonen und die Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit. Als Berufsverband sind wir bestrebt, dass diese Entscheidungen zu Gunsten des Ziels der Sozialen Arbeit ausfallen, also die Ermächtigung der Menschen, so dass eine selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist.

13.407 – Parl. Initiative Reynard «Kampf gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung», mögliche Behandlung am 3. Dezember

Empfehlung: Annahme Erweiterung um beide Kriterien (sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität)

Aufrufe zu Hass gegenüber Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sind heute nicht strafrechtlich belangbar. Die von Nationalrat Reynard initiierte parlamentarische Initiative verankert den Schutz vor Diskriminierung von diesen besonders vulnerablen Mitgliedern unserer Gesellschaft auf Gesetzesesebene.

Die Anpassung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes um die Kriterien sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität erachten wir als äusserst notwendig, denn Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transmenschen und Intersexuelle sind überdurchschnittlich oft von Stigmatisierung und Diskriminierung betroffen und werden gesellschaftlich ausgeschlossen. Deshalb ersuchen wir Sie, wie Sie in der Herbstsession bereits beschlossen hatten, den Gesetzesartikel um die zwei Kriterien zu erweitern.

18.4093 Motion SPK – «Uno-Migrationspakt. Zustimmungentscheid der Bundesversammlung unterbreiten» sowie 18.3838 – Motion Aeschi «Uno-Migrationspakt. Keine Unterzeichnung durch die Schweiz», Behandlung am 6. Dezember

Empfehlung: Ablehnung beider Motionen

Der UNO-Migrationspakt, an dessen Ausarbeitung die Schweiz massgeblich beteiligt war, hat zum Ziel, die Herausforderungen einer globalen Welt, in der Migration dazu gehört, koordiniert anzugehen. Mit dem Pakt sollen Ziele und Massnahmen definiert werden, die Migration so sicher wie möglich zu machen: Eindämmung von Menschenhandel und -schmuggel, Stärkung der Menschenrechte von Personen, die ihren Heimatstaat verlassen, Stärkung der Hilfe vor Ort. Dabei geht es nicht um neue Rechte, sondern um eine Bekräftigung der unterzeichnenden

Staaten, die bestehenden Rechte von Migrantinnen und Migranten umzusetzen (beispielsweise das Non-Refoulement-Gebot).

AvenirSocial setzt sich in seiner täglichen Arbeit für die Stärkung der Menschenrechte ein, die jedem und jeder zustehen. Deshalb appellieren wir an Sie, die zwei Motionen abzulehnen, so dass der Bundesrat den Pakt schnellstmöglich unterzeichnen kann. Alles andere wäre ein politisch fatales Zeichen im In- und Ausland und an die Migrantinnen und Migranten!

18.3240 – Motion Ständerat «Höhere Fachschulen stärken», Behandlung am 12. Dezember

Empfehlung: Annahme

Die Motion fordert, dass die Bezeichnung «Höhere Fachschule» den gleichen Schutz erhält wie «Universität» oder «Fachhochschule». Ebenso sollen Absolventinnen und Absolventen eines Diploms einer höheren Fachschule den Zusatz «eidgenössisch» im Titel tragen dürfen. Werden, wie von der Motion verlangt, Höhere Fachschulen besser anerkannt, wirkt sich das positiv auf die Weiterqualifikationsmöglichkeiten von Personen mit Lehrabschlüssen aus. Zudem ist ein klareres Ausbildungsprofil wünschenswert, da somit das gesamte Bildungsangebot auf tertiärer Stufe transparenter wird. Diese positiven Folgen sind auch im Sinne der [Ausbildungskampagne](#) von AvenirSocial. Die Kampagne verlangt, dass die Fachpersonen der Sozialen Arbeit die höchstmögliche Ausbildungsstufe absolvieren. Denn heute arbeiten 50% der in der Sozialen Arbeit tätigen Personen ohne entsprechende Ausbildung.

Anzumerken ist allerdings, dass darauf geachtet werden muss, dass die Konkurrenzsituation mit den Fachhochschulen (FH) nicht weiter verschärft wird, Ausbildungsgänge sollen nur angeboten werden, wenn ein ausgewiesener Bedarf für ein klar definiertes Berufsprofil besteht.

17.486 – Parl. Initiative Mazzone «Kindwohl respektieren, Administrativhaft von Minderjährigen stoppen», parlamentarische Initiativen 1. Phase

Empfehlung: Annahme

Es ist stossend, dass in der Schweiz minderjährige Jugendliche aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert werden und somit ihre physische und psychische Gesundheit weiter belastet und beeinträchtigt wird. Die Schweiz hat 1997 die [Kinderrechtskonvention](#) ratifiziert und sich damit verpflichtet, das Kindwohl stets zu beachten und jedem Kind das Recht auf besonderen Schutz zu gewähren. Im September 2015 hat der Ausschuss gegen Folter der Vereinten Nationen der Schweizer Regierung seine Bedenken gegenüber der Dauer der Administrativhaft für minderjährige Migrantinnen und Migranten dargelegt und empfohlen, Massnahmen ohne Freiheitsentzug umzusetzen.

Indem Kindern also aufgrund ihres Aufenthaltsstatus inhaftiert werden, kommt die Schweiz ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nach. Dies muss aus unserer Sicht dringend geändert werden.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen für Rückfragen jederzeit gerne zur Verfügung

Mit freundlichen Grüssen

Annina Grob
Co-Geschäftsleiterin

Lukas Geiger
Grundlagen- und Kampagnenarbeit